

## Offener Brief

an die Parteizentralen  
von SPD und CDU/CSU in Berlin

Hannover, den 26.03.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns als Vertreter der Niedersächsischen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden mit diesem Schreiben an Sie, weil wir angesichts der Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU/CSU auf Bundesebene in großer Sorge um unser Land und unsere Kommunen sind. Nach turbulenten Wochen der Verhandlungen im eigentlich abgewählten Bundestag, die zu einer Grundgesetzänderung und einer historischen Neuverschuldung geführt haben, weisen wir darauf hin, dass die beschlossenen Zahlungen an die Kommunen nicht ausreichend sein werden, um die Kommunen handlungsfähig zu halten.

Daneben zeichnet sich ab, dass auch in zentralen anderen Punkten wie der ungelösten Migrationsfrage kein Konsens erzielt wird, der vonnöten wäre, um unser Land, die Kommunen und Menschen nicht zu überfordern.

Dies vorangestellt wollen wir auf die beiden zentralen Themen Finanzen und Migration im Detail eingehen und Sie eindringlich auffordern, Lösungen zu finden, die auch die Kommunen im Blick haben werden.

### 1. Finanzen

Es ist gut und richtig, dass in Zeiten eines hohen Investitionsstaus nicht nur der mögliche Verteidigungsfall und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine im Vordergrund stehen. Land auf Land ab haben Städte, Gemeinden und Samtgemeinden über die letzten Jahre einen erheblichen Nachholbedarf, um die Instandhaltung von Straßen, den Ausbau von Schulen und Kitas sowie den Erhalt weiterer Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu sichern.

Nun sollen aus dem im alten Bundestag beschlossenen Investitionspaket des Bundes 100 Milliarden Euro an die Kommunen fließen. Verteilt auf Niedersachsen bedeutet dies nach dem Königsteiner Schlüssel etwa 10 Prozent, also ungefähr 10 Milliarden Euro. Die Hälfte wird das Land abhaben wollen, es verbleiben 5 Milliarden Euro. Verteilt auf 12 Jahre erreichen die niedersächsischen Kommunen 417 Millionen pro Jahr. Das macht pro Einwohnerin 52 Euro aus. Für die Gemeindeebene bleiben nach Aufteilung mit den Landkreisen 26 Euro pro Einwohnerin. Immerhin zwar verlässlich über 12 Jahre, aber dennoch wird damit überhaupt gar kein Investitionsrückstand aufgeholt – es reicht nicht einmal für die ohnehin anstehenden Investitionen.

Wir bitten Sie daher eindringlich darum, die für Kommunen angedachten Summen des Investitionspakets in den Koalitionsverhandlungen anzupassen. Daneben fordern wir Sie eindringlich dazu auf, bei der anstehenden Verteilung des Investitionspakets dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel 1:1 bei den Kommunen ankommen und nicht von den Ländern für eigene Zwecke verwendet werden.

In Hinblick auf die weiteren Finanzaspekte der Koalitionsverhandlungen warnen wir davor, die Gewerbesteuer mit der Folge abzusenken, dass den Kommunen empfindlich hohe Einnahmen entgehen. Eine solche Steuersenkung müsste für die Kommunen kompensiert werden. Hier sehen wir vor allem die **Union** in der Pflicht, die Pläne zur Steuersenkung zu überdenken.

Im Übrigen bedarf es angesichts der dramatisch aufwachsenden kommunalen Defizite, allein in Niedersachsen mittlerweile 4 Milliarden Euro, einer kommunalen Finanzreform. Dies muss das zentrale Anliegen in der Koalition für die kommunale Ebene sein.

## **2. Migration**

Neben den Kommunal финанzen blicken wir mit besonders großer Sorge auf das Thema Migration. Nach den großen Ankündigungen des Wahlkampfes, was eine effektive Begrenzung des Zuzugs, die Sicherung der Grenzen und eine Einschränkung der Zugangszahlen zur Entlastung der Kommunen angeht, droht kein Konsens gefunden zu werden. Dann könnte der Status quo verbleiben, der Kommunen und Menschen vor Ort vielfach überfordert.

Die Kommunen haben seit langem parteiübergreifend deutlich gemacht, dass sie eine Steuerung und auch Begrenzung der irregulären Zuwanderung benötigen, um die zu uns kommenden Menschen überhaupt integrieren zu können. Viele schaffen die Unterbringung und vor allem die Integration auf Dauer unter diesen Bedingungen nicht.

Hier sehen wir vor allem die **SPD** in der Pflicht, ihre Haltung zu überdenken. Ohne Fortschritte in diesem Bereich sind Erfolge von rechtsextremen Parteien bei der nächsten Wahl Tür und Tor geöffnet.

Insbesondere hätten wir es für wichtig befunden, wenn ähnliche Milliarden-Beträge für eine Integrations-Offensive aufgewendet würden, mit der es gelänge, die zu uns kommenden Menschen zum Wohle der Wirtschaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

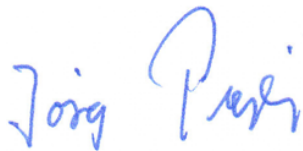
Nach alledem bitten wir Sie eindringlich, die Forderungen unseres Bundesverbandes, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, ernst zu nehmen. Um unserer Bitte Nachdruck zu verleihen, haben wir unsere Kreisverbände kurzfristig eingebunden und um Mitzeichnung gebeten.

Hochachtungsvoll



Dr. Marco Trips  
Präsident

Für den Kreisverband Ammerland

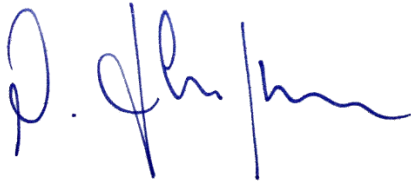


Jörg Pieper



Matthias Huber

Für den Kreisverband Celle



Wolfgang Klußmann



Dirk Oelmann

Für den Kreisverband Cloppenburg



Nils Anhuth



Vitali Bastian

Für den Kreisverband Cuxhaven



Jan Tiedemann



Nicole Friedhoff

Für den Kreisverband Diepholz



Martin Möhlenpage



Matthias Kreye

Für den Kreisverband Emsland



Ludger Kewe



Andreas Kaiser

Für den Kreisverband Hameln-Pyrmont



Clemens Pommerening



Karl-Heinz Grießner

Für den Kreisverband Harburg



Tobias Handke



Angelika Tumuschat-Bruhn

Für den Kreisverband Heidekreis



Helma Spöring



Carlos Brunkhorst

Für den Kreisverband Hildesheim



Fabian von Berg



Rainer Blockj

Für den Kreisverband Holzminden



Stephan Willudda

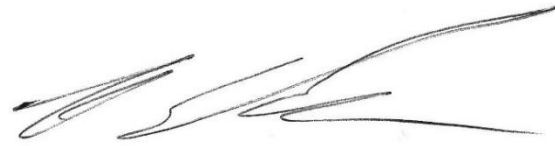


Fred Burkert

Für den Kreisverband Leer



Günter Harders



Hendrik Schulz

Für den Kreisverband Nienburg

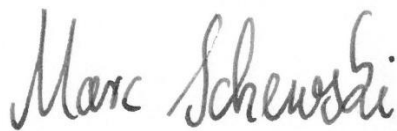


Bianca Wöhlke



Annegret Trampe

Für den Kreisverband Osnabrück

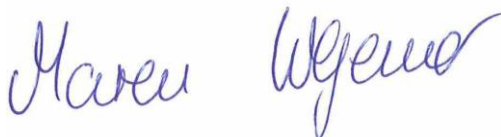


Marc Schewski



Matthias Wübbel

Für den Kreisverband Peine



Maren Wegener



Gerd Albrecht

Für den Kreisverband Rotenburg/Wümme



Heino Böttjer



Stephan Meyer

Für den Kreisverband Schaumburg



Heiko Monden

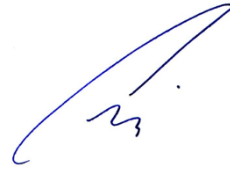


Svenja Edler

Für den Kreisverband Stade



Matthias Riel

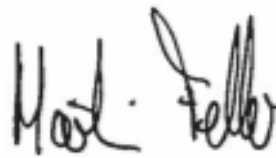


Michael Ospalski

Für den Kreisverband Uelzen



Michael Widdecke



Martin Feller

Für den Kreisverband Vechta

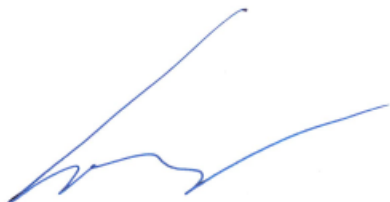


Mike Otte



Tobias Averbeck

Für den Kreisverband Wesermarsch



Axel Linneweber



Kaars

Für den Kreisverband Wolfenbüttel



Bruno Polzin



Marc Lohmann

Für den Kreisverband Grafschaft Bentheim



Günter Oldekamp

Für den Kreisverband Hannover



Jan Dingeldey

Für den Kreisverband Osterholz



Christina Jantz-Herrmann

Für den Kreisverband Verden



Tim Willy Weber

Für den Kreisverband Wittmund



Helfried Goetz